

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 26.05.2015

100 000 Unterschriften gegen das rot-grüne Schulgesetz - Petitionen jetzt berücksichtigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Mit der von der rot-grünen Landesregierung beabsichtigten Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes zum 1. August 2015 sollen gravierende Eingriffe in die Vielfalt des Schulsystems vorgenommen werden, z. B.:

- Die Integrierte Gesamtschule soll alle anderen Schulformen ersetzen können.
- Die Förderschulen Lernen sollen vollständig auslaufen, Förderschulen Sprache nicht mehr gegründet werden können.

Gegen die rot-grüne Schulpolitik haben Betroffene in den vergangenen Monaten rund 100 Petitionen an den Landtag gerichtet. Mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen Niedersachsens haben diese Eingaben mit ihrer Unterschrift unterstützt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen die Anliegen der Petentinnen und Petenten nicht berücksichtigen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Interessen der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte in Bezug auf den Erhalt von Vielfalt und Wahlfreiheit im Schulsystem, die sich in zahlreichen Eingaben und mehr als 100 000 Unterschriften abbilden, zu berücksichtigen.

Begründung

Seit die Pläne der rot-grünen Landesregierung für eine Änderung des Schulgesetzes bekannt wurden, gibt es überall in Niedersachsen Widerstand gegen dieses „Chancenvernichtungsgesetz“. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger - darunter viele unmittelbar Betroffene - haben sich mit rund 100 Eingaben an den Landtag gewandt.

Die Bürgerinnen und Bürger setzen sich in den Petitionen beispielsweise ein

- gegen die vollständige Abschaffung der Förderschulen Lernen,
- gegen die Schwächung der Förderschulen Sprache, die nicht mehr neu gegründet werden dürfen,
- gegen die Stellung der Integrierten Gesamtschule als alle anderen Schulen ersetzende Schulform und die damit einhergehende Schwächung der Gymnasien, Oberschulen, Haupt- und Realschulen,
- gegen die Abschaffung der Schullaufbahnpflicht und
- gegen Veränderungen bei der Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung zuungunsten der Eltern.

Insgesamt weit mehr als 100 000 niedersächsische Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift unter eine der Eingaben erklärt, dass sie diese Forderungen unterstützen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben im Kultusausschuss eine Anhörung der Petentinnen und Petenten abgelehnt und empfohlen, die Eingaben für erledigt zu erklären.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender